

Politische Rundschau.

Dresden, den 24. April 1907

— Der Kaiser traf von Darmstadt kommend mit den Herren des Gefolges in Wiesbaden am 23. d. M. um 11 Uhr vormittags ein und fuhr gleich zum Kurhause vor. Hier wurde er vom Bürgermeister Geh., dem Baumeister Professor v. Thiersch-Wünchen und dem Generalintendanten v. Hölsken empfangen. Es folgte die Besichtigung des Kurhausneubaus.

— Der Bundesrat erteilte seine Zustimmung zu den Auschlußberichten über den Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen des Reichsbeamtengegesetzes vom 31. März 1873 und über den Entwurf eines Beamtenhinterblebenengesetzes, sowie zu dem Auschlußberichte über den Entwurf eines Militärbefreiungsgesetzes.

— Die Budgetkommission des Reichstages beriet am Dienstag zuerst den Reichsbuzuschuß für die Kolonialschulen in Württemberg und Hünfeld je 10 000 Mark. Arning (All.) beantragt für Württemberg 20 000 Mark anzusehen. Kolonialdirektor Dernburg teilt mit, daß in Engelsport die Schule von Hünfeld vorhanden sei. Frhr. von Richthofen (R.) ist gegen den Buzuschuß an Hünfeld. Erzberger (St.): Die Schule in Engelsport wirkte sehr erfolgreich; die amtlichen Denkschriften bestätigen dies, was Redner nachweist. Die Errichtung der Engelsporter Schule habe der Mission große Ausgaben verursacht. 25 Jöglinge derselben seien in Südwestafrika untergebracht. Es würde ungerecht sein, der Mission nun die Unterstützung von 10 000 Mark zu entziehen. Für die Württembergische Schule wolle er 20 000 bewilligen. Dr. Wiener (Fit. V.) beantragt die Summe für Hünfeld zu steuern. Die Summe für Engelport wird bewilligt mit den Stimmen des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen. Freisinn und Sozialdemokraten stimmen gegen die Position. Es folgt der Etat für Ostafrika; bei den Rößen werden 400 000 Mark mehr eingestellt. Erzberger (St.) fordert Reform der Hüttsteuer und höhere Herausziehung der großen Unternehmungen in der Kolonie zur Gewerbesteuer. Die Einziehung der Hüttsteuer führe direkt zu Untuhen, da viel Gewaltätigkeiten vorkommen. Man sollte die Höhe erhöhen. Dr. Arndt (Rpt.) ist für hohe Hüttsteuer, die sich bewährt habe. Die Gewerbesteuer könne man nicht erhöhen. Dr. Paasche ist mit der Erhöhung der Höhe einverstanden. Kolonialdirektor Dernburg hält ein einfaches Steuersystem für richtig; man sollte nur die Kopfsteuern und Höhe erhöhen. Die Ehebung der Hüttsteuer werde in der gewünschten Weise erfolgen, so daß der Abgeordnete Erzberger bestätigt sei. Die Debatte erstreckt sich über eine Reihe von weiteren Fragen. Kolonialdirektor Dernburg teilt mit, daß die Missionen den Aufstandsschaden erheben sollen. Die Zentralbahn werde im Herbst von Morogoro nach Kilossa geführt werden müssen.

— Zur Hauptverhandlung gegen den Gouverneur von Buttkamer sieben Pfäffischung und Beteiligung an Kolonialgesellschaften zur Anklage. Die Anklage wird Kammergerichtsrat Sträuber vertreten, der die gesamten Vorwürfe teilweise in Kamerun selbst geführt hat. Als Zeugen sind neben Frau v. Germer geb. Ede solche Herren geladen, die den Gouverneur aus seiner früheren Tätigkeit aus Afrika kennen, sowie eine Reihe von Beamten aus dem Kolonialamt.

— Das preuß. Abgeordnetenhaus erledigte am Dienstag den Etat der Ansiedlungskommission und der Seehandlung, ohne daß größere Debatten entstanden.

— Die Unstimmigkeiten im Flottenverein, die neuerdings die Oeffentlichkeit beschäftigen, werden selbst in dem nationalliberalen "Leipziger Tagebl." einer längeren Berichtung unterzogen, in der es unter anderem heißt: „Zunächst ist unzweifelhaft feststellend, daß die Beweinung der Verbündetenorganisation bei einer politischen Wohlbewegung unbedingt den bisher geltenden Satzungen des sich als „unpolitisch“ bezeichnenden Vereins, der Mitglieder aus allen politischen Parteien aufnimmt, schroff widerspricht. Sodann ist festzustellen, daß die unberechtigte Agitation des Herrn Generals Neim dem Verein nicht allein nicht genügt, sondern nur schwer geschadet hat. Das Auszögeln der konfessionellen Note war die größte Torheit in der unglücklichen Steinischen Agitation. Wie sind jetzt bereit gewesen, dem Flottenverein beizutreten, wenn daß Zentrum das Interesse der deutschen Flotte zum parteipolitisch-religiösen Handelsobjekt machen wollte, ebenso entschieden müßten wir aber auch dagegen protestieren, wenn General Neim nun für den Flottenverein konfessionelle Wahlparolen ausgibt oder bestimmte politische Parteien auf den Ander des „unpolitischen“ Vereins setzt. Er, selber ein Süddeutscher (Hesse), hat durch sein Vorgeben eine merkwürdige Unkenntnis der süddeutschen Verhältnisse bewiesen, er hat die Geschehnisse einer Spaltung des Vereins in zwei feindliche Hälften herbeigeführt, die nationale Einigkeit tief erschüttert und hiermit die Macht des großen nationalen Vereins untergraben. Es ist nicht wahr, daß die süddeutschen Landesverbände des deutschen Flottenvereins, daß besonders der große bayrische Landesverband im Fahrwasser des Zentrums und der Zentrumspolitik schwimmt. Gerade dieser Verband macht es sich zur Aufgabe, alle parteipolitischen und konfessionellen Fragen aus seinem Wirkungskreise auszuscheiden und nur durch Auflösungen auf dem Gebiete des Marinewesens in rein nationalem Sinne zu wirken. Dass er, dessen Mitglieder aber der größeren Zahl nach katholisch sind und parteipolitisch dem Zentrum angehören, seine Verhetzung gegen die katholische Religion und gegen das Zentrum mitmachen oder auch nur dulden kann, liegt doch für jeden gerechtfertigten Protestant auf der Hand. Gerade das mäßige Verhalten des bayrischen Landesverbandes bei Bekanntwerden der Steinischen Agitation hat dazu beigegetragen, vorläufig eine schwere und unverdiente Krise von dem Verein fernzuhalten, und dieses Verhalten beweist auch klar, wie unabhängig der Verein vom parteipolitischen Zentrum und seiner Presse ist.“ Der Flottenverein hat also wieder eine innere Krise durchzumachen; freilich scheint General Neim nicht weichen zu wollen, er hat sogar die Hauptrede auf der Kölner Versammlung übernommen.

— Ein Kultusminister wird gesucht! Die Neubesetzung des preußischen Kultusministers bereitet den Liberalen sehr

viele Schmerzen. Sie würden am liebsten Garnack auf diesem Posten sehen, sind aber so flug, zu begreifen, daß dies nicht geht. In ganz zutreffender Weise schreiben sie jetzt, daß niemand glauben werde, sich auf diesen exponiertesten Posten im preußischen Staatsministerium zu behaupten. Ein Orthodoxe würde mit dem unüberwindlichen Widerstand aller Liberalen zu kämpfen haben, einem Liberalen würde die Orthodoxie vom ersten Tage an seine Stellung unterwöhlen. Ob aber Garnack der Mann wäre, sich gegen Einflüsse zu behaupten, die einen Fall rasch genug mißbrauchen? Wer sich in der Nachfolge Stüdtz mit Ehren und Erfolg behaupten wolle, müsse außer einem hellen Verstande starke Nerven und ein sehr lehr solides Rücksicht haben. Es sei ungemein schwer, den Mann zu finden, der diese Gaben in volkswertigem Maße vereinigt. Da wundert uns nur, daß der vielfach genannte Dr. Paasche nicht auch als Kandidat für den Posten des Kultusministers genannt wird. Die Liberalen schenken einzuleiten, daß es leicht ist, einen Minister zu fürzen. Die Schwierigkeiten beginnen schon, wenn es sich darum handelt, das Fell des Gesallenen zu verteilen.

— Ein laudinisches Joch stellt die „Nalib. Korresp.“ auf, indem sie schreibt: „Wo bleiben die längst fertiggestellten Gelehrtenwürfe über den Versicherungsvertrag, die Sicherung der Bauhandwerker und andere? Sollen seitens der verbündeten Regierungen die unerreichbar getadelten falschen Dispositionen aufrechterhalten werden? Staatssekretär Graf Poddadowski hat jüngst bestätigt, daß der Reichstag das ihm vorgelegte Material nicht erledige. Die Tage verstreichen ungenutzt, nur die Budgetkommission arbeitet von 10—1 Uhr und die vielen zur Kommissionsarbeit bereiten Kräfte seien.“ Das Blatt fordert die sofortige Vorlegung der Gesetzentwürfe. Der Staat muß sich sonst schämen, daß er gar nichts geleistet hat, als daß er den Etat bewilligte. Das Volk hat jetzt so viele schöne Reden gehört, daß es ein klein wenig mehr will.

— Über die Befreiung des Freistaates in Militär- und Kolonialfragen freut sich die „Kreuzzeitung“. Sie sieht eine solche in den Reden des Abg. Kosch über die Farmerentschädigung, des Abg. Müller-Sagan über die militärischen Ausgaben und des Abg. Wieland über die Mittelstandsfrage und sie meint hierzu: Die Demokratie muß eben auch an die Wählerschaft Zugeständnisse machen, wenn sie nicht völlig von der Bildfläche verschwinden will. Also die Süddeutschen Demokraten werden nicht umhin können, sich in gewissen Punkten einer Befreiung geneigt zu zeigen. Merkwürdig nur, daß — bei dem starken liberalen Aufschwung — alle diese Befreiungen nach der ersten Seite hin gravitieren! Das Blatt hat mit seinem Spott nicht so unrecht. Gar bald wird die politische Preisfrage gestellt werden müssen, welcher Unterschied noch zwischen Konservativen und Freisinnigen bestehe. Die Handlungsfähigkeit der letzteren ist jedenfalls eine sehr grobe; er fällt jeden Tag auf einem neuen Gebiete um.

— Die Befreiung der polnischen Priesterseminare fordert ein „flammender Protestant“ der „Nationalliberalen Zeitung“. Die polnischen Kleriker müßten allesamt an den deutschen Universitäten ausgebildet werden. Damit soll dem Polentum seine Kraft genommen werden. Die Herausbildung des Clerus ist Sache der Kirche und des Bischofs und nicht der nationalliberalen Partei. Aber wie leicht täuschen sich die letzteren, wenn sie meinen, daß sie durch solche Mittel den Polen holen könnten. Aus dieser Frage könnte höchstens ein neuer Streit zwischen Kirche und Staat entstehen.

Oesterreich-Ungarn.

— Der Kaiser hielt am 23. d. M. auf dem Prager Exerzierplatz eine Parade über die Truppen der Garnison ab. Das Wetter war schön. Eine große Menschenmenge bereite dem Kaiser stürmische Huldigungskundgebungen.

Italien.

— Die Yacht Victoria and Albert mit dem König und der Königin von England an Bord ist am 23. April vormittag, begleitet von den Kreuzern Suffolk und Lancaster, nach Palermo in See gegangen.

Frankreich.

— Die „Nowoje Wremja“ beschäftigt sich in ihrem Leitartikel mit den Montagnini-Papieren und nimmt in dieser Angelegenheit zur allgemeinen Überraschung der politischen Kreise gegen die französische Regierung Stellung. Das Blatt sagt: „Man mag über die juristische Berechtigung zur Beschlagnahme dieser Papiere verschiedener Ansicht sein, obwohl der Inhalt derselben mit den anstrengten Prozessen in seinem direkten Zusammenhang steht. Aber keinem unparteiischen Beobachter kann es auffallen, daß hinter dieser scheinbar gerichtlichen Prozedur sich eine politische Machination niedrigster Sorte verbirgt. Jemand welches ernste Material für das Gerichtsverfahren wurde mit den Montagnini-Papieren nicht erlangt. Wohl aber wurden sie zu einem Entnahmefeldzug in der Presse misbraucht, durch welchen verschiedene Instanzen kompromittiert werden sollten, in Wohlthit aber unserer Ansicht nach niemand so sehr kompromittiert wurde, wie die französische Justiz selbst.“

England.

— Der Kabinetttrat billigte den von Lord Elgin entworfenen Plan eines Generalstabes für die Reichsverteidigung, der der heutigen Signung der Kolonialkonferenz vorgelegt werden sollte. Gleichzeitig wird Botha die Gründung eines aus Bürgern bestehenden freiwilligen Heeres in Transvaal nach dem Vorbilde der englischen Freiwilligen vorschlagen. Dieses Freiwilligenheer soll nach Bothas Wunsch leichte Feldgeschäfte für berittene Truppen erhalten. Falls die Konferenz zustimmt, soll die britische Regierung geneigt sein, die Erlaubnis dazu zu geben, weil dadurch eine Verminderung der britischen Garnison ermöglicht wird. Gegenwärtig haben etwa 5000 Bürger die Erlaubnis zur Selbstverteidigung.

Spanien.

— Die Sieg der spanischen Katholiken. Am letzten Sonntag fanden in ganz Spanien die Wahlen für das Parlament statt. Die Wahlen haben neuerlich bewiesen, daß das spanische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit treu

an seiner Überzeugung festhält und daß es nur dem stärkeren Druck liberaler Regierungen zugutezuhalten war, wenn die Störte bisweilen eine liberale Majorität aufwiesen. Als das konservative Ministerium Maura am 25. Januar d. J. die Zügel der Regierung ergiff, da nahm das ganze Land auf, da es endlich von der drückenden Freimaurerherrschaft befreit war. Alle Katholiken begrüßten es mit Freude, als der Minister einen der ärgsten Religionshäcker, den Rektor der Universität Sevilla, Adolfo Moris, seines Postens entzog. Durch die Entfernung Moris wurde die Universität Sevilla, die von Moris zu einem Zummelplatz gehöriger Parteipropaganda herabgewürdigt worden war, wieder zu einer Stätte der Wissenschaft erhoben. Die Liberalen suchten damals in Sevilla eine Protestbewegung einzuleiten, die aber flächig scheiterte. Der beste Beweis, daß die ganze Bevölkerung mit der Entfernung des Freimaurers Moris einverstanden war, ist daß Wahlauswahl in Sevilla. Sämtliche Kandidaten der Liberalen fielen flächig durch. Auch die Hauptstadt des Reiches, Madrid, entsetzt fünf Katholiken und drei Republikaner in den Kongress. Bis jetzt zählen die Katholiken bereits 180 Abgeordnete, denen bloß 50 Liberale, 30 Republikaner, acht Sozialisten und zwei Unabhängige gegenüberstehen. Die Katholiken haben eine Zweidrittelmehrheit und an diesem Resultat werden die noch ausstehenden 134 Wahlen nichts ändern.

— Das Geschenk des Papstes an sein Patenkind, den fünfjährigen Erstgeborenen des spanischen Königspaars, besteht, wie spanische Blätter aus Rom berichtet wird, in einem Korb seines Körpers aus Holz verarbeitet, der eine ganze Geschichte aus Spanien und Rom enthält. Der Korb ist mit kleinen Wappen und Figuren geschmückt. Der Korb selbst ist ein kostbares Kunstwerk.

Montenegro.

— 400 mit Revolvern und Pistolen bewaffnete Männer aus der Umgebung von Niksic drangen am 22. ds. unter Führung eines Bataillons-Kommandanten und eines Hauptmanns in die Stadt Niksic ein und zerstörten die Druckerei, in welcher das Blatt „Narodna Misao“ gedruckt wird. Es herrschte grobe Aufregung. Die Geschäfte sind geschlossen. Zur Wiederherstellung der Ruhe wurden Truppen aufgeboten.

Rumänien.

— Ein königliches Dekret genehmigt die Regierungsmaßnahmen, durch die Landwirte Hilfe geleistet werden soll, die infolge der Bauernauftände außer Stand gesetzt sind, ihre Betriebe fortzuführen. Manchen der nockenbedienten Landwirte wird nach geplünderten Erhebungen von Staatswegen Kredit eröffnet. Die betreffenden Beteiligten sind mit 6 Prozent zu verzinsen und nach drei Jahren zurückzuzahlen.

Rußland.

— Reichsduma. Bei Beratung der Interpellation über gesetzwidrige von der Polizeiverwaltung in Riga und anderen baltischen Städten vorgenommene Folterungen gab der Gehilfe des Ministers des Innern die Richtigkeit der berichteten Fälle zu, erklärte aber, das Ergebnis der vom Minister des Innern angeordneten Untersuchung zwecks Bestrafung der Schuldigen müsse abgewartet werden. Der Gehilfe des Justizministers erklärte sie aber, soweit sie die Staatsanwaltschaft angingen, sie übertrieben. Die weitere Beratung wurde abgelehnt. Der Präsident teilt den Gangang eines Antrages betreffend die Autonomie Polens mit. Purischewitsch erregte mit seinem Zwischenrufe, es sei eine Schande für die Duma, sich mit solchen Fragen zu befassen, Lärm und Widerspruch.

Aus Stadt und Land.

(Mitteilungen aus unseren Ueberseiten mit Rommeleinfüllung für diese Ausgabe auf der Rückseite allezeit willkommen. Der Name des Einsenders steht im Gesetzesdruck. Unsere Zuschriften müssen unbedingt datiert werden.)

Dresden, den 24. April 1907.

Tageskalender für den 25. April 1882. † 305. Böllner zu Leipzig, hervorragender Physiker und Astronom. — 1844. * Pauline Vieta zu Wien, berühmte Sängerin. — 1744. † Anders Celsius in Uppsala, berühmter Astronom. — 1585. † Torquato Tasso, berühmter italienischer Dichter.

* Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 25. April: Wind und Bewölkung: mäßige westliche Böe, ziemlich trüb. Niederschlag und Temperatur: zunächst trocken, später Niederschläge, Temperatur nicht erheblich geändert.

* Für die in diesem Jahre stattfindende Berufs- und Betriebszählung bewilligte der Rat ein Bezeichnungsgeld von 25 000 M.

* Einem Brüder entgegengesetztes hat der Rat beschlossen, den in den Vororten wohnenden Schulkindern bei Klasseausflügen ermäßigte Fahrtpreise auf der Straßenbahn zu bewilligen, und zwar ist der Fahrtpreis für ein Kind im Sonderwagen auf 6 $\frac{1}{2}$ Pf. festgesetzt worden.

* Durch die gestern früh vorgenommene Sprengung wurde ein Brückenbogen der Augustusbrücke gehoben und setzte sich dann wieder. Erst den weiteren Arbeiten der Pioniere gelang es, ihn zum Einsturz zu bringen.

* Gestern früh in der dritten Stunde entstand in der in Vorstadt Striesen gelegenen Schäfer- und Schuhfabrik Hermann Pampel aus noch nicht ermittelter Ursache ein Großfeuer, das den Dachstuhl, sowie die erste Etage des Fabrikgebäudes zerstörte. Der raschlosen Tätigkeit der bis in die neunte Vormittagsstunde am Brandplatze gebliebenen Feuerwehr war es zu danken, daß nicht das ganze Gebäude in Flammen ausging. Der Schaden, den der Besitzer erleidet, ist um so größer, als die Versicherung natürlich abgelaufen und eine neue Versicherungsnahme, zu welcher mehrfache Verhandlungen stattfanden, noch nicht abgeschlossen war. Allein der Wert des vernichteten Materials soll sich auf 30 000 M. belaufen.

Dippoldiswalde. Im nahen Höhnen vor der neuen Jahre alte Schuhknabe Wagner mit seinem Vater in dem Pulverbuche, das von dem Steinlochentwurf an den Natursteinhauer zum Abbruch verkauft war. Hier lagen infolge einer Unachtsamkeit noch Bündstangen umher. Der Knabe ergriff eine solche Bündstange und zerbrach sie. Die Bündstange explodierte und riß dem Knaben die rechte Hand vollkommen ab und verletzte ihn außerdem schwer am rechten Auge.